

Wien plant E-Moped-Verbot auf Radwegen: Gefahr für Essenszusteller!

Wien plant Gesetzesänderung für E-Mopeds, die Radwege betreffen, um Verkehrssicherheit zu erhöhen und Essenszusteller zu schützen.



Innere Stadt, Wien, Österreich - In Wien stehen die E-Mopeds im Mittelpunkt eines hitzigen politischen Diskurses. Die Stadtregierung hat konkrete Pläne ausgearbeitet, die darauf abzielen, E-Mopeds von Radwegen zu verbannen. Dies könnte weitreichende Folgen für alle Nutzer dieser Fahrzeuge haben, besonders für Essenszusteller:innen, die sich auf ihre E-Mopeds verlassen. Laut meinbezirk.at setzen sich Mobilitätsstadträtin Ulli Sima (SPÖ) und Neos-Verkehrssprecherin Angelika Pipal-Leixner aktiv für eine Gesetzesnovellierung ein, die schließlich vom Bund umgesetzt werden soll.

Der Mediziner und Verkehrssicherheitsexperte Harald Frey von der TU Wien betont die Notwendigkeit dieser Neuerung, da E-

Mopeds oft über 25 km/h fahren, was das Unfallrisiko erheblich erhöht. Aktuell dürfen diese Fahrzeuge aufgrund ihrer Einstufung als Fahrrad die Radwege nutzen, was sich bald ändern könnte. Zukünftig sollen nur klassische Fahrräder und E-Bikes mit Tretkraftunterstützung als Fahrräder gelten, während E-Mopeds den Anforderungen klassischer Kraftfahrzeuge unterliegen und mit Zulassung, Versicherung und Mopedschein ausgestattet sein müssen, wie [heute.at](#) berichtet.

Auswirkungen auf Essenzusteller:innen

Die Gewerkschaft Vida warnt vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die diese Änderungen für Essenzusteller:innen haben können. Viele Rider arbeiten unter hohem Druck, und ihre Fahrzeuge sind oft ihr Eigentum. Wenn die Umklassifizierungskosten den Zeitwert der E-Mopeds übersteigen, könnte dies deren Existenz bedrohen. Darüber hinaus gibt es laut [vida.at](#) Forderungen, dass Plattformbetreiber für die Ausbildung, Versicherungs-, Entsorgungs- und Fahrzeugkosten aufkommen sollen, um die finanziellen Lasten nicht den Rider:innen aufzubürden.

Die Notwendigkeit einer klaren Regelung für Plattformen wird immer deutlicher. Vida fordert, dass auch für Verkehrsstrafen die Betreiber zur Verantwortung gezogen werden, um die rechtliche Unsicherheit für die flexiblen Arbeitskräfte zu minimieren. Diese Themen sind umso aktueller, als auch der Arbeitsmarkt durch veränderte Rahmenbedingungen unter Druck steht.

Die Zukunft der Mobilität in Wien

Die geplanten Maßnahmen werfen wichtige Fragen zur zukünftigen Mobilität in Wien auf. Während die Politik strebt, E-Mopeds in kontrollierte Bahnen zu lenken, müssen die Herausforderungen für die Beschäftigten in der Plattformwirtschaft nicht aus den Augen verloren werden. Es bleibt zu hoffen, dass notwendige Regelungen sowohl die

Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen als auch die Arbeitsbedingungen der Zusteller:innen verbessern.

Die Diskussion um diese Themen geht in die nächste Runde, und es bleibt spannend zu sehen, wie die Stadtregierung und die verschiedenen Stakeholder auf die Herausforderungen reagieren werden.

Details	
Ort	Innere Stadt, Wien, Österreich
Quellen	• www.meinbezirk.at • www.vida.at • www.heute.at

Besuchen Sie uns auf: mein-wien.net